

Deutschland-Kiel: Unternehmens- und Managementberatung und zugehörige Dienste
OJ S 90/2023 10/05/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH
Postanschrift: Raiffeisenstraße 1
Ort: Kiel
NUTS-Code: DEF02 Kiel, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 24103
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): GmbH Steuerung
E-Mail: Chira.Doski@nah.sh
Telefon: +49 43166019746
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.nah.sh>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://bi-medien.de/ausschreibungsdienste/ausschreibungen/D450275295>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://abruf.bi-medien.de/D450275295>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH
Postanschrift: Raiffeisenstraße 1
Ort: Schleswig-Holstein
NUTS-Code: DEF0 Schleswig-Holstein
Postleitzahl: 24103
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): GmbH Steuerung
E-Mail: Chira.Doski@nah.sh
Telefon: +49 43166019746
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.nah.sh>
Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://abruf.bi-medien.de/D450275295>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5.

Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Schienenpersonennahverkehr

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Externe Projektsteuerung von SMILE24

Referenznummer der Bekanntmachung: 0345

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

79400000 Unternehmens- und Managementberatung und zugehörige Dienste

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Gegenstand der ausgeschriebenen Leistung ist ein Rahmenvertrag für die externe Projektsteuerung von SMILE24. SMILE24 steht für „Schlei-Mobilität: innovativ, ländlich, emissionsfrei und 24/7“ und ist ein Projekt, welches durch den Bund gefördert wird und damit besonderen Nachweis- und Berichtspflichten unterliegt. Das Projekt startete im Januar 2023, unmittelbar nach Vorlage des Förderbescheides des Bundes. Es endet am 31.12.2025.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 500 000,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

79400000 Unternehmens- und Managementberatung und zugehörige Dienste

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEF0 Schleswig-Holstein

Hauptort der Ausführung: Schleswig-Holstein

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gegenstand der ausgeschriebenen Leistung ist ein Rahmenvertrag für die externe Projektsteuerung von SMILE24. SMILE24 steht für „Schlei-Mobilität: innovativ, ländlich, emissionsfrei und 24/7“ und ist ein Projekt, welches durch den Bund gefördert wird und damit besonderen Nachweis- und Berichtspflichten unterliegt. Das Projekt startete im Januar 2023, unmittelbar nach Vorlage des Förderbescheides des Bundes. Es endet am 31.12.2025. Ziel ist der erfolgreiche Abschluss des Projektes innerhalb der vorgesehenen Projekt- und Förderlaufzeit. Der Auftraggeber sucht hierzu eine im Projektmanagement besonders erfahrene Projektleitung (Auftragnehmer), die ihrerseits im Idealfalle für z.B. Fälle von Krankheit etc. durch eine vergleichbar erfahrene Projektleitungsververtretung und/oder ggf. Consultant-/Supportressourcen unterstützt wird. Die Projektleitungsververtretung kann eine auftragnehmerinterne Sparringrolle einnehmen. Erwartet wird ein zielorientiertes Projektmanagement, welches die Inanspruchnahme von Personalressourcen bei der NAH.SH und bei den beiden Projektpartnern (Kreise Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde)

schont und auf eine sehr gezielte Einbindung der NAH.SH und der beiden Projektpartner ausgerichtet ist. Der Rahmenvertrag beginnt unmittelbar nach der Zuschlagserteilung und endet spätestens 3 Monate nach dem Ende der Projektlaufzeit, inklusive einer zweimaligen Option seitens des Auftraggebers auf Verlängerung um jeweils sechs Monate (siehe auch Ziffer II.2.7). Der geschätzte Auftragswert der einzelnen, auf dem Rahmenvertrag beruhenden Aufträge liegt bei 500.000 Euro (netto) über die gesamte mögliche Laufzeit des Rahmenvertrags inklusive der Verlängerungsoptionen. Es besteht kein Anspruch darauf, dass die Gesamtauftragssumme tatsächlich erreicht wird, aber es wird eine Mindestabnahmemenge von 50.000 EUR (netto) pro Auftragsjahr garantiert. Wird die Mindestabnahme nicht erreicht, erhält der Auftragnehmer Zuschläge in Höhe von 20 v. H. auf die Tagessätze der tatsächlich eingesetzten Mitarbeiter. Auf § 2 Nr. 3 VOL/B wird hingewiesen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 14/07/2023 Ende: 31/12/2025

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Zweimalige Option des Auftraggebers, den Rahmenvertrag um jeweils sechs Monate zu verlängern.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Verlängerung der Vertragslaufzeit gemäß Ziffer II.2.7).

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Bietergemeinschaften sind in diesem Vergabeverfahren nicht zugelassen. Die Vergabestelle sucht einen hauptverantwortlichen Auftragnehmer, der seinerseits Subunternehmer einbinden kann. Der Subunternehmer kann auch die vorgesehene Projektleitung sein.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Der Bieter hat mit seinem Angebot einen Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister – sofern eine Registerpflicht besteht – nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist, vorzulegen, der nicht älter als 3 Monate zum Ablauf der Frist für

die Einreichung der Angebote ist. Zulässig sind auch Ausdrucke aus dem elektronischen Handelsregister (www.handelsregister.de). Dabei ist der „aktuelle Ausdruck“ (AD) mit einem Überblick über alle derzeit gültigen Eintragungen oder der „chronologische Ausdruck“ (CD) mit allen Daten ab Umstellung auf elektronische Registerführung zu wählen. Ausländische Bieter haben eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes in amtlich beglaubigter Form vorzulegen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eines Bieters ist als gewährleistet anzusehen, wenn der Bieter nach Einschätzung des Auftraggebers für die ordnungsgemäße Durchführung der ausgeschriebenen Leistung über ausreichende wirtschaftliche und finanzielle Mittel verfügt..

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- a) Umsatz: Als Mindestanforderung für den Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit ist für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr ein Umsatz in Höhe von mindestens 750 000 EUR ohne USt. gefordert. Zum Nachweis der Erfüllung der vorstehenden Anforderung hat der Bieter im Rahmen einer Eigenerklärung seinen Gesamtumsatz im letzten vor der Abgabe des Angebots abgeschlossenen Geschäftsjahr anzugeben und mit dem Angebot vorzulegen. Für die Eigenerklärung ist die Anlage 2 – Erklärung zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die unter der unter Ziffer I.3) genannten Internetseite erhältlich ist, zu verwenden.
- b) Versicherung: Nachweis einer marktüblichen Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. EUR für den einzelnen Versicherungsfall. Sollte noch kein Versicherungsschutz in dem Umfang bestehen, ist eine schriftliche Zusage eines Versicherers vorzulegen, dass im Fall der Auftragserteilung Versicherungsschutz in dem genannten Umfang gewährt wird.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die technische und berufliche Leistungsfähigkeit eines Bieters ist als gewährleistet anzusehen, wenn der Bieter nach Einschätzung des Auftraggebers über die spezifischen Kenntnisse verfügt, die erforderlich sind, um die zu beauftragenden Beratungsleistungen zu erbringen..

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Langjährige Berufs-/Projektleitungserfahrung der Projektleitung (mindestens 10 Jahre), im Idealfall auch für Akteure mit Bezug zur öffentlichen Hand und/oder mit inhaltlich-methodischem Bezug zum Projekt
- Moderationserfahrung, auch bei kritischen Terminen mit heterogenen Stakeholdern
- Von Vorteil (ausdrücklich kein Mindeststandard!): Projektleitungserfahrung für größere Projekte mit großen Teams

- Bedarfsbezogen soll der Auftragnehmer ergänzend folgende Leistungen erbringen:

Strategieberatung in den Themenbereichen des SMILE24-Projekts, u. a. im Bereich Angebot (Bus, On-Demand, Car-/Bikesharing, Mobility-Hubs, Tourismusverkehre), Vertrieb, Kommunikation, Evaluation/Marktforschung und Datamanagement/-science inkl. KI-Einbindung und Weiterbildungen/Qualifizierungen. Diese Beratungsleistungen können auch über Subunternehmer des Anbieters erbracht werden. Referenzen von Subunternehmern werden bei der Bewertung des Angebots berücksichtigt.

Die Referenzen sind im Rahmen einer Eigenerklärung zu beschreiben. Anzugeben sind darin mindestens die jeweils erbrachten Beratungsleistungen, der zeitliche Umfang des Auftrags sowie der jeweilige Auftraggeber inkl. Ansprechpartner.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Bei der Ausführung des Auftrags sind die im Angebot des jeweiligen Bieters genannten Personale in ihren jeweils im Angebot beschriebenen Funktionen einzusetzen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung
Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 12/06/2023 Ortszeit: 23:59

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 14/07/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 13/06/2023 Ortszeit: 10:00

Ort:

Ort: Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH, Raiffeisenstraße 1, 24103 Kiel.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Der Auftraggeber stellt die (ggf. fortgeschriebenen) Vergabeunterlagen sowie die Bieterinformationen über die in Ziffer I.3) angegebene Vergabeplattform im Internet gemäß § 41 Absatz 1 VgV unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt zum Abruf zur Verfügung, ohne dass eine vorherige Registrierung erforderlich ist. Aus der Möglichkeit des registrierungsfreien Unterlagenabrufs resultiert die Pflicht zur selbstständigen, eigenverantwortlichen Information über etwaige Änderungen der Vergabeunterlagen oder die Bereitstellung zusätzlicher Informationen. Eine automatische Benachrichtigung über Änderungen erfolgt nur an registrierte Bieter.
2. Angaben zur Ausgestaltung der Angebote sowie zur Prüfung der Eignung der Bewerber sind unter der unter Ziffer I.3) genannten Internetadresse erhältlich.
3. Die nicht erfolgreichen Bieter werden über ihre Nichtberücksichtigung und über die Gründe für ihre Nichtberücksichtigung informiert.
4. Im Angebot hat jeder Bieter eine Eigenerklärung darüber abzugeben, ob für ihn Ausschlussgründe gemäß §§ 19 Abs. 3 MiLoG, 21 AEntG, 98c Aufenthaltsgesetz, 123, 124 GWB sowie § 22 Abs. 1 LkSG vorliegen. Sollten bei einem Bieter oder einem Mitglied einer Bietergemeinschaft Ausschlussgründe nach § 22 Abs. 1 LkSG oder nach den §§ 123, 124 GWB vorliegen, ist außerdem zu erklären, ob und wenn ja, welche Maßnahmen zur Selbstreinigung gemäß § 125 GWB der jeweilige Bieter ergriffen hat. Für die Eigenerklärung ist die Anlage 3 – Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, die unter der unter Ziffer I.3) genannten Internetseite erhältlich ist, zu verwenden. Beruft sich ein Bieter zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf einen Dritten, ist die Anlage 3 zu den Fragen 2 bis 4 (und ggf. 5 und 6) auch bezogen auf den Dritten auszufüllen und dem Angebot beizufügen.
5. Im Angebot hat jeder Bieter eine Verpflichtungserklärung zur Zahlung des Vergabemindestlohns abzugeben. Für die Eigenerklärung ist die Anlage 4 – Verpflichtungserklärung zur Zahlung des Vergabemindestlohns, die unter der unter Ziffer I.3) genannten Internetadresse erhältlich ist, zu verwenden.
6. Im Angebot hat jeder Bieter eine Vertraulichkeitserklärung abzugeben. Für die Eigenerklärung ist die Anlage 5 – Vertraulichkeitserklärung, die unter der unter Ziffer I.3) genannten Internetadresse erhältlich ist, zu verwenden.
7. Im Angebot hat jeder Bieter eine Eigenerklärung zu einem Bezug zu Russland abzugeben. Für die Eigenerklärung ist die Anlage 6 – Eigenerklärung Bezug zu Russland, die unter der unter Ziffer I.3) genannten Internetadresse erhältlich ist, zu verwenden.
8. Es ist eine ausgefüllte Liste mit den jeweiligen Fundstellen der aufgeführten Unterlagen mit dem Angebot vorzulegen. Hierfür ist die Anlage 7 – Liste der mit dem Angebot einzureichenden Unterlagen, die unter der unter Ziffer I.3) genannten Internetadresse erhältlich ist, zu verwenden.
9. Im Angebot hat jeder Bieter seine kaufmännischen Konditionen darzulegen. Hierfür ist die Anlage 8 – Preisblatt, die unter der unter Ziffer I.3) genannten Internetadresse erhältlich ist, zu verwenden.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein (MWVATT)
Postanschrift: Postfach 7128
Ort: Kiel, Düsternbrook
Postleitzahl: 24171

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: +49 4319884640

Fax: +49 4319884702

Internet-Adresse: http://www.vergabekammer.de/Vergabekammer_Schleswig-Holstein.htm

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es wird auf die Voraussetzungen zur Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB hingewiesen. Dieser lautet wie folgt:

„(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.“

Der Nachprüfungsantrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten (§ 161 GWB).

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein (MWVATT)

Postanschrift: Postfach 7128

Ort: Kiel

Postleitzahl: 24171

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: +49 4319884640

Fax: +49 4319884702

Internet-Adresse: http://www.vergabekammer.de/Vergabekammer_Schleswig-Holstein.htm

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

05/05/2023